

Hamburg, 29. Oktober 2002

An den Vorstand der IG-Metall
An die Bezirksleitung Küste
Und an die Verwaltungsstelle Hamburg

Resolution des Vertrauenskörpers
der DaimlerChrysler AG Werk Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Vertrauenskörper der DaimlerChrysler AG Werk Hamburg sieht, die am 16. August 2002 von der Hartz-Kommission vorgestellten Vorschläge, als einen Angriff auf die **soziale Gerechtigkeit**. Sie dient nicht dem Aufbau von Arbeitsplätzen, sondern führt zu drastischer Verschlechterung der Lebenslage von Arbeitslosen sowie den Arbeitsbedingungen von Lohn- und Gehaltsabhängigen. Arbeitsplätze können nur von Unternehmern geschaffen werden und nicht durch ein Hunderte von Seiten langen Papier, das nicht mal die Tinte auf dem Papier Wert ist.

Die Arbeitgeber wurden nicht einmal deutlich in die Pflicht genommen. Im Gegenteil werden wieder einmal die von Arbeitslosigkeit bedrohten, sowie die Arbeitslosen und die Arbeitnehmer mit einer Reihe von Sanktionen bedroht.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen nur zu einer Entlastung der Unternehmen, die sich wiederum nicht in der Verpflichtung sehen, Arbeitsplätze zu schaffen sondern sich weiterhin zurücklehnen können.

Nur die Politik und die Gewerkschaften können diesen Mißstand publik machen und beseitigen. Schon beim Bündnis für Arbeit hat man die Verpflichtungsbereitschaft der Arbeitgeber vermißt.

Das Hartz-Papier wird die Stammebelegschaften weiter verkleinern, um mit subventionierten „**Ich-AG**“-Menschen die Lücken zu Dumping Preisen zu füllen. Arbeitslose sollen noch mehr bestraft werden in dem sie durch verschärfte Zumutbarkeitsregeln das individuelle Arbeitslosengeld und die Unterstützung gekürzt bekommen.

Die Unternehmen würden das Risiko von Festeinstellungen nicht mehr eingehen und bis auf wenige Eckkräfte nur noch mit Zeitarbeitern operieren, die nicht den vollen Lohn von fest eingestellten Mitarbeitern erhalten, da das Arbeitsamt (**Job-Center**) Provisionen für die Vermittlung erhält und zwar vom Lohn des Arbeitnehmers, anstatt als zusätzliche Kosten für die Unternehmer.

Außerdem kann es nicht sein, daß Lehrstellen nur für angehende Azubis, deren Familien auch zahlungsfähig sind, zur Verfügung stehen (Anteilsscheine). Wer das Unterschrieben hat, fällt zurück ins Mittelalter.

Selbst Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, habt in einer Stellungnahme auf die enthaltene Problematik aufmerksam gemacht. Um so mehr wundert es uns, das Ihr und der DGB, dem Hartz-Vorschlag Zustimmung erteilt. Wir fordern eine deutliche **Ablehnung** des Hartz-Papiers in der jetzigen Form durch den Vorstand der IG-Metall. Nur durch tarifliche Absicherungen und Änderungen, kann aus den Hartz-Vorschlägen noch etwas brauchbares werden. Wir würden auch gewerkschaftliche Aktionen mit alle Tatkraft unterstützen.

Vertrauenskörper der DaimlerChrysler AG Werk Hamburg

Armin Rähse
VK-Leiter

Walter Buchhorn
Stellvertretender VK- Leiter

Hier drei Beispiele aus dem Hartz- Konzept!

Personal Service Agenturen (PSA) – Zeitarbeit

- Privatrechtlich geführte Unternehmen (beauftragte Entleihfirmen und ausgegründete Job-Center Abteilungen) sollen als PSA fungieren.
- Arbeitnehmer sollen in der Probezeit Arbeitslosenunterstützung bekommen, danach tarifliche entgelte (die Tarife müssen noch mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden). Die Ablehnung, in der PSA zu arbeiten, führt zu Leistungsminderungen oder Sperrfristen bei der Arbeitslosenunterstützung.
- PSA bekommt degressive Fördermittel für jeden Arbeitslosen und seine Vermittlung.
- Die Entleiher sollen den Arbeitnehmer der PSA als Probezeitler sehen, der Klebeeffekt soll zur Festeinstellung führen (statistisch sollen 50% der Zeitarbeitnehmer in den Betrieben, in die sie verliehen worden sind, einen Dauerarbeitsplatz erhalten).
- Jobqualifizierung bei PSA und im Unternehmen sind möglich.

Wertung

Unklar ist die Höhe der entgelte, z.Z. gibt es noch keine Tarifverträge. Die Gefahr besteht, daß ehemalige betriebliche Normalarbeitsverhältnisse in Leiharbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Ordnungspolitisch höchst problematisch, werden Teile der hoheitlichen Aufgaben des Arbeitsamtes an privatrechtliche Unternehmen abgegeben. Diese Unternehmen unterliegen einer Gewinnerwartung aus ihrem Geschäftsbetrieb, damit einer anderen Interessenlage als der vorrangigen Vermittlung von Arbeitssuchenden.

Förderung älterer Arbeitnehmer und „Bridge System“

- Erreichen einer Erwerbsquote der 55 – 64 Jährigen von 50% (z.Z. 37,4 %)
- Einkommensaufstockung, um Anreize für von Arbeitslosigkeit Bedrohte zu schaffen, damit sie niedriger bezahlte Arbeit akzeptieren.
- Ältere Arbeitnehmer ab 55. Lebensjahr werden aus der Arbeitsvermittlung herausgenommen und erhalten eine Zahlung inklusive von Sozialversicherungsbeiträgen bis zum frühestmöglichen Rentenzugang.

Wertung

Bei der heutigen betrieblichen Praxis, ältere Beschäftigte aus den Betrieben zu drängen, werden durch diese Maßnahmen keine älteren Arbeitnehmer mehr eingestellt, weiterbeschäftigt oder auch nur befristet eingestellt. Für die Arbeitslosen, die sich aus der Job- Vermittlung ab dem 55. Lebensjahr streichen lassen, fällt das Übergangsgeld bis zum frühestmöglichen Rentenzugang weitaus geringer aus, als das Arbeitslosengeld.

Signaturkarte

- Daten sollen zentral in einem privatrechtlichen Unternehmen hinterlegt werden.
- Der Arbeitgeber kann Arbeitsnachweise digital ausfüllen.
- Es wird überlegt, zukünftig alle Entgeltabrechnungen dort zu hinterlegen.
- Arbeitsamt (Job-Center) und Arbeitnehmer sollen gemeinsam Zugang zu den Daten haben.

Wertung

Fragen der informellen Selbstbestimmung des Menschen und des Datenschutzes sind nicht geklärt. Durch das auf der Signaturkarte hinterlegte Qualifizierungsprofil können sich Unternehmen die Beschäftigten aussuchen, die genau ihren Erwartungen entsprechen. Arbeitssuchende, die Interesse an leicht veränderte Arbeitsinhalte haben und sich bewerben, ohne das gewünschte Profil zu haben, werden zukünftig keine Chance haben.